

# Die deutsche Sozialdemokratie im Herbst 1946

Autor(en): **Zienau, Oswald**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **25 (1946)**

Heft 12

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-335430>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Die deutsche Sozialdemokratie im Herbst 1946

*Der Verfasser dieses Artikels hat sich im September dieses Jahres in Baden-Baden, Frankfurt a. Main, Hannover, Hamburg und Köln aufgehalten. Auf Autotouren besuchte er überdies Freiburg i. Br., Darmstadt, Mannheim, Ludwigshafen, Mainz, Kiel, Bremen, Osnabrück, Münster i. W., Koblenz, Karlsruhe und andere Städte. Vor seiner Abreise nach Deutschland wurde er von uns gebeten, über seine Eindrücke einen Bericht für die «Rote Revue» zu verfassen. Red.*

Wer nach langen Jahren der Abwesenheit von Deutschland seinen Fuß wieder auf deutschen Boden setzt in der gespannten Erwartung, nun endlich mit einem deutschen Menschen ein politisches, Vergangenheit und Zukunft umfassendes und durchleuchtendes Gespräch führen zu können, der wird sehr schnell und gründlichst die Enttäuschung seines Lebens erfahren. Denn der deutsche Mensch als politisches Wesen ist eine seltene Ausnahme, die sich in der Öffentlichkeit äußerst zurückhält. Man braucht nicht lange, um die Gründe hierfür ausfindig zu machen.

Wenn in den Eisenbahnen, in den städtischen Straßenbahnen oder in den Überland-Autocars Unterhaltungen in Gang kommen, drehen sie sich vorwiegend um die täglichen Nöte und das eigene und auch um des Nachbars Elend, um dieses verfluchte Schicksal, nun noch «verrecken» zu müssen, «weil man uns verrecken lassen will», «weil uns niemand helfen will»; auch werden die gewagtesten und wildesten Spekulationen über den ja unvermeidlich bevorstehenden Zusammenstoß der Mächte angestellt, auf der Basis von: «ich hab's aus ganz sicherer Quelle» und «mir hat's der und der bei der Militärregierung gesagt» – doch das politisch ernsthafte Gespräch existiert öffentlich nicht im heutigen Deutschland. Sorgen und Elend und sowohl dumme wie auch verbrecherische Spekulationen und überhaupt diese ganze scheußliche Atmosphäre, die stimmungsmäßig und tatsächlich das Leben in einen vulgären Alltag drückt, schließen eine vernünftige, wenn schon nicht politische Unterhaltung an solchen Orten aus. Gleichgültigkeit und Mißtrauen gegenüber allem, was auch nur entfernt nach Politik und politischer Partei aussieht, und eine außerhalb Deutschlands einfach unvorstellbare Unwissenheit hinsichtlich der eigenen öffentlich-politischen Angelegenheiten wie der weltpolitischen Vorgänge tragen ebenfalls dazu bei, politische Diskussionen auf höherem geistigem Niveau unmöglich zu machen. Mehrmals sind mir auf meinen Reisen gerade die Unwissenheit in Fragen der politischen Neuordnungen in Deutschland, die schließlich jeden Bürger irgendwie als aktueller und ihn auch treffen könnender Vorgang angehen müßten, wie eine so gut wie gänzliche Unkenntnis des politischen Welttheaters, der Vertragsgrundlagen und Apparate der United Nations beispielsweise, die einmal das gesamt-nationale Schicksal des deutschen Volkes bestimmen werden, entgegnetreten. Aufschlußreich aber auch, daß eine sachliche Unterhaltung mit einem Gegenüber im Zugsabteil etwa zumeist recht bald versandet oder abgebrochen werden muß; entweder, weil die Nessusgewänder täglicher Not jede Sachlichkeit ersticken oder weil eines der überall anzutreffenden nazistischen Subjekte mit Provo-

kationen dazwischenfährt und (heute noch!) durch seinen Ton alle andern sich ducken und in Stummheit verfallen läßt!

Das Zusammentreffen mit dem deutschen Menschen vermittelt jedenfalls nicht den Eindruck einer im Volk bereits sich vollziehenden politischen Bewußtwerdung oder Orientierung zu neuen, demokratischen Zielen, erlaubt aber auch nicht ein Endurteil, weil reine Zufälligkeiten einem die Mitreisenden in Deutschland zuführen. Nicht die amorphe Volksmasse und ihre Stimmungen und Gespräche geben im heutigen Deutschland Anhaltspunkte für Feststellungen von wirklichem Erkenntniswert, da diese Volksmasse bis jetzt noch kein politisches, soziales, kulturelles Ausdrucksvermögen wiedererlangt hat. Erkenntnisse und Urteile vermitteln heute in Deutschland nur Volksteile, die Kreise, Zirkel und auch Persönlichkeiten, die aus traditioneller Verwurzelung oder aus in jüngster Vergangenheit gewonnenen Einsichten schon jetzt am «Neubau Deutschland» werken und sich dabei von ihrer Weltanschauung wie von den Notwendigkeiten leiten lassen, die sich aus der Epoche Hitlers und dem unausmeßbaren sittlich-geistigen Verfall als Folge dieses Verbrecher-Regimes ergeben.

Die Herrschaft Hitlers als das massive Endresultat deutscher Reaktion bezweckte die politische und soziale Entrechtung der deutschen Arbeiterklasse. Den Blick stur auf die erwünschte Zerschlagung der Positionen der deutschen Arbeiterschaft gerichtet, konnte das deutsche Bürgertum nicht mehr sehen und bedenken, daß die Herrschaft Hitlers mit dem Ende einer politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft auch das eigene, ja das der Nation brachte, wie es für jeden (? – V. G.) deutschen Arbeiter von allem Anfang an klar war, da er Hitler gleich Krieg setzte. Über eine angebliche Mitschuld der deutschen Sozialdemokratie am Aufkommen Hitlers wollen wir hier nicht diskutieren und es bei der jüngsten Formulierung Dr. Schumachers, «die Sozialdemokratie mag taktische Fehler begangen und personelle Versager gehabt haben», bewenden lassen, wie auch die Feststellung machen, daß der sozialdemokratische Arbeiter sich keiner Schuld am Aufkommen und der Herrschaft Hitlers wie schließlich der deutschen und europäischen Katastrophe bewußt ist. Dieses festzustellen und unumwunden auszusprechen, mag Erstaunen hervorrufen oder die Ansicht von der «Unverbesserlichkeit» auch der deutschen Arbeiter noch festigen; historische Tatsache ist, daß die sozialdemokratische Arbeiterschaft, trotz bösester taktischer Fehler und schlimmster personeller Versager der Parteiführung, ihren Kampf und ihren Widerstand gegen Hitler nicht aufgegeben hat und ihre regimfeindliche Haltung durch Tausende, ja Zehntausende von Hingemordeten, qualvoll zutode Gefolterten, unter dem Fallbeil oder am Galgen Verendeten, durch die seelischen Leiden und körperlichen Martern der zu Freiheitsstrafen Verurteilten bezeugt weiß.

Wenn wir aber zu manch eines Voreingenommenen Mißvergnügen auch an dieser Stelle diese Tatsachen hervorheben, so nicht, um Anklagen oder Rechtfertigungen vorzubringen, sondern um die tieferen Gründe für die Erscheinung darzulegen, daß die deutsche sozialdemokratische Arbeiterschaft kein eigentliches Schuldgefühl erkennen läßt und vor der Welt kein Schuld- und Reuebekenntnis abgelegt hat und auch keine Revisionen grundsätzlicher Art für ihre am wissenschaftlichen Marxismus orientierten politischen Grundbegriffe und ihre organisatorische Form als aktuell ansieht. Wen man heute als sozialdemokratisch organisierten Arbeiter antrifft, der war bis auf geringfügige Ausnahmen, die Übertritte von links zumeist,

schon vor Hitler Parteimitglied und ist in jedem Falle gut orientiert, was die Partei, Weimar und Hitler angeht, um in Stichworten zu sprechen. Weimar ist überwiegend Gegenstand der Verachtung, und zwar einer Verachtung, die einem innerlich morschen und schwächlichen System, das keiner Verteidigung fähig ist, natürlicherweise in aller Welt entgegengebracht wird. Die Partei und ihre früheren Persönlichkeiten sind Gegenstand oft sehr heftiger, manchmal recht summarischer, aber auch sehr überlegender und stets doch noch sachlicher und die Verhältnisse berücksichtigender Kritik. Was den Hitlerterror und die Vergewaltigung fast aller europäischen Völker und die viehischen, von SS und Gestapo ausgeführten Hinmordungen in den unterjochten Ländern betrifft, begegnet man stets der tiefen und nicht selten von wahren Verzweiflungsausbrüchen begleiteten Scham, daß Ruf und Ehre eines Volkes von einem entarteten Untermenschentum, das sich Herrenrasse dünkte und nannte, so vollends zertrampelt und diffamiert worden ist, und es wird die moralische Verantwortlichkeit des Gesamtvolkes sowie die Verpflichtung zu restloser materieller Wiedergutmachung anerkannt; aber der sozialdemokratische deutsche Arbeiter wird auch auf den nicht geringen Anteil beispielsweise der internationalen Finanzreaktion an der Machtergreifung wie der Aufrüstung und Aggressionspolitik Hitlers hinweisen und daran Bemerkungen knüpfen, die seine sozialistische Schulung und sein Wissen um die engen Verquickungen der internationalen Reaktion bezeugen wie auch seine ungebrochene und in der Weißglut des Hitlerterrors härter gewordene Überzeugung von der Notwendigkeit internationaler proletarischer Solidarität. Keine Einschränkung des eben Gesagten ist es, wenn auch jener Typ des sozialdemokratisch organisierten deutschen Arbeiters erwähnt wird, der Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten mit Hinweisen auf die «Terrorangriffe» oder ähnlichem nazistischen Slogan zu entkräften versucht. Die Gegenüberstellung zeigt nur die zwei Pole der geistigen Verfassung der deutschen Arbeiterschaft. Hat der eine – und bemerkenswerterweise geben jugendlichere Arbeiter solche Selbstdarstellungen – die Jahre des Beiseitestehenmüssens, des stummen Sichducken- und Duldenmüssens zur politischen Schulung, zum Selbststudium genutzt, so ist der andere dem unaufhörlichen Phrasengehämmer von Goebbelspresse und -radio erlegen und muß nun davon freigemacht werden. Wie nirgendwo sonst sind im heutigen Deutschland schroffste Gegensätzlichkeiten anzutreffen, sei es in Gesprächen, sei es in Zuschriften, die bei Parteivorständen, Zeitungsredaktionen und Rundfunkleitungen oft in Massen einlaufen.

Die Liquidierung des Dritten Reiches ist durch die ihm militärisch bereitete Niederlage erfolgt; das massenmörderische Terrorregime ist nicht durch revolutionären Volksakt in seinem eigenen Blute erstickt worden. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), im Juni 1933 unterdrückt und in eine so gut wie unvorbereitete und führungsmäßig kaum oder nur mehr zufällig als von einer Spitzenzelle aus verbundene Illegalität gedrängt, ist als Partei auch in der Illegalität wiedererstanden. Wohin die kämpfenden alliierten Armeen in Deutschland gekommen sind: sie warfen einen zwar sehr angeschlagenen, doch meist verbissen einen letzten Widerstand leistenden Feind nieder; wo initiative regimefeindliche Zellen und Gruppen die Nazigewalthaber überrumpeln und verjagen und eine Übergabe vollziehen konnten, erkannten Militärbefehlshaber die so geschaffene Lage an; «Befreier» des deutschen Volkes waren diese Armeen in keinem Falle und nicht nur wegen entgegenstehender Befehle. Niederwerfung und Besetzung Deutschlands

vollzogen sich als Befehlsschablonen mit Belagerungszustand, mit dreitägigem totalem Ausgangsverbot und schußbereiten Maschinenpistolen im Arm für den Fall auch nur des Anscheins einer Übertretung. Diese rücksichtslose Sicherung einer kämpfenden Truppe durch einfaches Austreten jeder Aktivität kam, es soll nicht verschwiegen werden, den nur in Wut und Haß gegen die Peiniger brennenden und in der Vorstellung von anrückenden «Befreiungs»armeen begangenen Feinden und Gegnern der Nazi vollkommen unerwartet. Sie sahen sich, gleich diesen, hinter geschlossene Fenster und Türen verbannt und dann in ein Besetzungsregime gezwungen, das für nichts irgendwelche Ausnahmebehandlung anerkannte und keinerlei politische Regung duldete. In dieser Periode aber fanden sich die sozialistischen Gesinnungsfreunde, soweit vorhanden und einander bekannt, zusammen und bauten vom Zugriff einer Besetzungsmacht bedrohte und also wiederum illegale Zellen- und Gruppenorganisationen auf. Die eigene Abrechnung und «Entnazifizierung» aber, die, für viele willkommen, manches Problem gelöst und teils knifflische, teils mühsame Verfahren eingespart hätten, dieses «Aufräumen» vollzog sich nur ganz vereinzelt und hat nichts zu tun mit dem revolutionären Vergeltungsakt eines terrorgepeinigten, sich erhebenden Volkes.

Die offizielle Wiederzulassung der Partei datiert vom Juni 1945 für Berlin und die Ostzone, vom September 1945 für die Westzonen. Dem «Büro der Westzonen» als anfänglichem Provisorium einer zentralen Parteiinstanz ist der auf einem ordnungsgemäß einberufenen und durchgeführten Parteitag (9. bis 11. Mai 1946 in Hannover) gewählte Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands gefolgt, mit dem vormaligen Leiter des «Büros der Westzonen», Dr. Kurt Schumacher, als 1. Vorsitzenden. Isoliert von der Ostzone und in seiner gesamten Aktivität auf das von den Alliierten gemeinsam besetzte Gebiet der Stadtgemeinde beschränkt, führt der «Landesverband Groß-Berlin der SPD» wohl organisatorisch sein eigenes Leben, muß sich auch in propagandistischen und in politischen und andern Dingen den gegebenen örtlichen Besonderheiten anpassen, ist aber doch, wie schon in seiner Benennung – «Landesverband» – zum Ausdruck gebracht, Teilstück einer Gesamtorganisation, die zwar noch auf einen Gebietsteil beschränkt ist, aber den Zuständigkeitsanspruch für Gesamtdeutschland bei den Besatzungsmächten schon angemeldet hat. Und gleichgültig, unter welchem Titel die Vertreter des Landesverbandes Groß-Berlin an diesem Parteitag in Hannover oder an den bisher zusammengetretenen Tagungen etwa des Parteiausschusses teilgenommen haben – unter den gegenwärtigen Umständen wird als entscheidend und notwendig angesehen, daß die Partei in *all* ihren Gliedern und *allen* Bezirken, soweit dies unter Berücksichtigung der nun einmal gegebenen Verhältnisse überhaupt möglich ist, als politische Organisation und Willenskundgebung der sozialdemokratischen deutschen Arbeiterschaft überhaupt in Erscheinung tritt. Auf dem Parteitag in Hannover waren, neben 12 Gastdelegierten aus Berlin, 258 stimmberechtigte Delegierte anwesend, die über eine halbe Million (beitragzahlende und ordnungsgemäß abgerechnete) Parteimitglieder in den drei Westzonen vertraten. Mit Ausnahme der Sonderorganisation Groß-Berlin gliedert sich die Parteiorganisation der drei Westzonen in 24 Parteibezirke mit mehreren hundert Unterbezirken und mehreren tausend Ortsvereinen. Der Mitgliederzustrom ist ein unaufhörlicher und so die Partei immer noch in ihrem organisatorischen Ausbau begriffen. Die Aufnahme neuer Mitglieder ist aber durchaus keine bedenken- und bedingungslose und von

bezeugten Nachweisungen über Nichtzugehörigkeit zu irgendwelcher Funktionärkörperschaft des nazistischen Organisationennetzes und einwandfreiem Verhalten während der verflossenen Jahre abhängig. Für schwindelhafte Einschleichungen sieht das Organisationsstatut sofortigen widerspruchslosen Ausschluß vor. Von dieser Praxis kontrollierten Mitgliederzuwachses will die Partei fürs erste und auch trotz gegenteiliger Aufnahmepraktiken, insbesondere der Kommunistischen Partei, nicht abgehen; die Erfahrungen mit den ehemals «zwei Seelen in einer Brust» will heißen: zwei Mitgliedsbüchern in einer Tasche, sind noch jedermann gegenwärtig und genügend abschreckend, so daß man nachhitlerischen Konjunktur- und andern Rittern wie jedem Spitzel den Zutritt energisch verwehrt. Ein schwieriges Unternehmen wäre es, den zahlenmäßig starken Mitgliederzustrom etwa auf seine soziologische Aufgliederung hin zu untersuchen, um auf diesen oder jenen Strukturwandel der Parteimitgliedschaft zu schließen. Mir scheint aus den Stimmzahlen vornehmlich industrieller Bezirke und Städte ablesbar, daß das proletarische Element der deutschen Sozialdemokratie nach wie vor den eindeutigen Charakter einer *Arbeiterpartei* aufprägt. Von den durch Kriegseinwirkungen proletarisierten Mittel- und Kleinbürgerschichten erkennen nur Ausnahmen das Endgültige ihrer ökonomischen und sozialen Lage und orientieren und organisieren sich, soweit sie nicht aktivistische Nazi waren, entsprechend; das Gros dieser Volksschichten aber klammert sich verzweifelt an Illusionen und noch so kümmerliche Besitzreste, um «guthürgerliche» Existenz zu markieren und raffiniert wie rücksichtslos egoistisch aufs neue nach «Bürgerherrlichkeit» zu streben. In den Reihen der unentwegt regimiefeindlich gebliebenen gelehrten und freien Berufe aber hat das Erlebnis der Verfemung mit all ihren Schrecken eine wahrhaft geistige und nicht selten die Persönlichkeit bis ins Mark aufwühlende Krise ausgelöst. Erst die seelisch stärksten und geistig klarsten Köpfe dieser Schicht haben die Sublimierung vollziehen und damit ihre Krise positiv gestalten können. Soweit solche Erkenntnisse und Konsequenzen den Weg zum Sozialismus finden ließen, hat auch die deutsche Sozialdemokratie mit Beitrittsvollziehungen namhaftester und hie und da internationalen Gelehrtenrum genießender Vertreter mannhaft gebliebenen deutschen Geistes hochwertigen Zuwachs erhalten.

Die Parteispitze und -führung besteht zunächst aus dem *Parteivorstand* (mit Dr. Kurt Schumacher als 1. Vorsitzendem), dem insgesamt 4 besoldete und 20 unbesoldete Vorstandsmitglieder angehören. 1. stellvertretender Vorsitzender des Parteivorstandes ist Erich Ollenhauer (Hannover), 2. stellvertretender Vorsitzender Wilhelm Knothe (Frankfurt am Main). Von den weiteren Vorstandsmitgliedern wollen wir benennen: Dr. Victor Agartz, den Wirtschaftssachverständigen der Partei und bis vor kurzem Leiter des Zentralamtes für die Wirtschaft in der britischen Zone; Valentin Bauer, Augsburg; Franz Bögler, Neustadt (Pfalz), beide Rückkehrer aus der Schweiz; Willi Eichler, Köln, Chefredakteur der «Rheinischen Zeitung»; Adolf Grimme, Hannover, einst preußischer Unterrichtsminister und inzwischen in die Länderregierung Niedersachsens berufen; Ernst Noelting, Hannover, bekannter Wirtschaftsfachmann und einst vor allem in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit tätig; die statutengemäß dem Parteivorstand angehörenden zwei Frauen sind: Anna Beier, Frankfurt am Main, ebenfalls Rückkehrerin aus der Schweiz und Vertreterin des Schweizerischen Arbeiter-Hilfswerks für Frankfurt am Main und Groß-Hessen; Elisabeth Selbert, Kassel. Wie die bisher genannten, steht

jedes dieser Parteivorstandsmitglieder entweder hauptberuflich in der Parteiarbeit oder führend in einer Stadtverwaltung oder Länderregierung, so daß die Parteitopfspitze enge Kontakte in die Bevölkerung hinein und zu den kommunalen Selbstverwaltungsorganen wie fast allen deutschen Länderregierungen hat. Weitere Organe der Parteiführung sind die *Kontrollkommission* und der *Parteiausschuß*. In die erstere wurden 9 Genossen gewählt; Vorsitzender ist Karl Schönfelder, stellvertretender Bürgermeister des Stadtstaates Hamburg. Der Parteiausschuß ist die Repräsentanz der Mitgliedschaften, die turnusgemäß zu versammeln und vor allem zu jeder Entscheidung, Beschlußfassung oder Kundgebung des Parteivorstandes von taktisch oder politisch einschneidender Bedeutung anzuhören ist. Überwiegend setzt sich diese Körperschaft zusammen aus den Vorständen der Parteibezirke und -unterbezirke, so daß neben den angestellten Bezirks- und Unterbezirkssekretären auch ein genügend starkes Element nicht angestellter Funktionäre der Partei bei diesen Beratungen vertreten ist. Seit ihrer Konstituierung im Mai 1946 sind diese benannten Parteivorstands- und Funktionärorgane bereits zweimal zusammengetreten. Ist von der ersten Tagung dieser Parteiinstanzen, die innerdeutschen oder parteilichen Angelegenheiten gewidmet war, außerhalb Deutschlands nichts oder nur ganz engen Zirkeln dieses und jenes bekanntgeworden, so hat die Parteivorstands- und -ausschußtagung in Köln Ende September wegen ihres hochpolitischen Beschlusses ein Weltecho gefunden.

Doch, ehe wir uns einer mehr grundsätzlichen Betrachtung wieder zuwenden, ein Wort noch über den ja gewiß aufschlußreichen und darum viel erörterten *Altersaufbau* der Spitzenorgane der deutschen Sozialdemokratie. Allerdings, nicht nur für die deutsche Sozialdemokratie hat sich die Frage nach den Altersstufen ihrer führenden Männer und Funktionäre gestellt. Offen lassen wollen wir aber, ob die Frage nach dem Alter für gleich welche Sache wirklich von der ausschlaggebenden Bedeutung ist, die ihr allgemein zugemessen wird, und nur daran erinnern, wie das Leben uns oft genug demonstriert, daß ein Betagter viel Jugend sich bewahrt haben kann, während der jugendliche Alte ohne Temperament und Schwung ja gleichfalls anzutreffen ist. Vielleicht ist es von größerer Bedeutung für die Parteibewegung, weit mehr als bisher *die Persönlichkeit* zur Geltung zu bringen, während leider noch immer «*der Apparat*» oder «*Monsieur le Bureau*» die Parteien beherrscht. Doch das nur sehr nebenbei und nach dem Grundsatz: wen es nichts angeht, der muß sich nicht getroffen fühlen. In Hannover, beim Parteivorstand, habe ich jedenfalls trotz gewisser Peinlichkeit solcher Fragestellung einmal direkt gefragt nach den Altern und den Durchschnittsaltern in der Parteileitung und in den Parteiinstanzen. Im geschäftsführenden Vorstand, so lautete die Auskunft, ist das Höchstalter 51 Jahre. Das Durchschnittsalter der 37 leitenden Funktionäre in der britischen Zone beträgt 45 Jahre. Das Durchschnittsalter der 258 Parteitagsdelegierten betrug 48 Jahre. Erinnern wir uns der Altersschichtung und der Vergreisungserscheinungen in Deutschland, wie sie als direkte Kriegsfolge verschiedentlich schon dargestellt sind, so müssen wir die eben skizzierten Altersverhältnisse in der Partei als relativ sehr günstig ansehen. Auch die Tagung des Parteivorstandes und -ausschusses in Köln, der der Verfasser beiwohnen durfte, machte eindeutig klar, daß das mittlere Alter von 44 bis 55 Jahren in diesen Organisationskörpern vorherrscht und die Jahrgänge von 60, 65 und darüber nur vereinzelt sind. Zur weiteren Aufhellung dieses Fragenkomplexes diene noch der Hinweis, daß

von 10 einst erwerbsfähigen Männern gegenwärtig nur noch ein Rest von 4 vorhanden ist; die andern 6 sind gefallen, Krüppel oder noch in Kriegsgefangenschaft.

Jeder deutsche sozialdemokratische Arbeiter trägt schwer am historischen Versagen der Partei in entscheidender Stunde, das ihm und seiner Partei eine furchtbare Mitschuld aufgebürdet und eine von der politisch-moralischen Vertrauens- einbuße bis zur offenen Verachtung reichende Einschätzung und entsprechende Behandlung durch die Bruderparteien der Sozialistischen Internationale gebracht hat. (Wir stellen nur fest, nichts anderes.) Die deutsche Sozialdemokratie ist sich also bewußt, daß gerade die ersten Schritte ihres politischen Wiederbeginns und ihr Beitrag zum politischen wie auch sozialen und geistigen Neuaufbau Deutschlands auch Gradmesser internationaler Beurteilung sind und entscheiden werden, wie schnell und wie gründlich die Zurückhaltungen, ja die Ressentiments ihr gegenüber fallen, bis sie schließlich in den Kreis der Sozialistischen Internationale zurückkehren kann. Zu einem Teil aus der politischen Emigration zurückgekehrt, zum andern durch verschiedenartigste Kanäle informiert, gibt sich insbesondere der Parteivorstand keinen Illusionen über die Stimmungen und Strömungen in den sozialistischen Bruderparteien gegenüber der deutschen Sozialdemokratie hin. Dennoch will es dem Besucher in Deutschland und Hannover scheinen, daß die deutsche Sozialdemokratie keine oder zum mindesten keine genügend wahrnehmbare geistige Neuorientierung vollzogen und damit die unumgängliche Distanzierung zum absolut Vergangenen und die Abkehr von Haltung und Politik vor 1933 noch nicht unverrückbar markiert hat. Wer die Freunde im Lande und die in Hannover auf diese Dinge und plagenden Bedenken anspricht, wird schnell die geistigen Kräfte und ihr Ringen um Anpassung und Fortentwicklung des traditionsverankerten Geistesgutes in der Partei feststellen können sowie die freundschaftliche Zurechtweisung oder auch Klage der leitenden Funktionäre anhören müssen, daß der Trümmerhaufe, der Deutschland heute in jeder nur denkbaren Beziehung ist, einfach keine Gedanken und Kräfte für die eigenen Angelegenheiten der Partei, gleich welcher Art, freigibt. Wer selbst nur wenige Tage, und diese auch nur zeitweilig, in den Büros des Parteivorstandes sich aufhält, wird der vielfachen materiellen Mängel und Beschränkungen der Arbeit bei obendrein recht behelfsmäßiger Unterbringung und völlig ungenügender Besetzung gewahr werden; aber auch, wie scharf Tagesereignisse von geringerer oder auch hochpolitischer Bedeutung in diese Büros durch unvorhergesehene Abrufungen oder auftauchende Delegationen hineinplatzen und den vorgesehenen Tagesverlauf verunmöglichen und vielleicht sogar für lange stören. Aus dieser Situation heraus hat sich die prinzipielle Einstellung zur *Frage des Parteiprogramms* entwickelt: «Die neue deutsche Sozialdemokratie hat ein endgültiges Programm im Sinne des Erfurter Parteiprogramms und der Nachfolgeprogramme noch nicht aufgestellt... Die Situation und die Voraussetzungen sind noch zu unübersichtlich, um ein endgültiges wissenschaftlich erarbeitetes Programm zu schaffen. Das muß der Zukunft überlassen bleiben.» In diesem Zusammenhange ist also festzustellen, daß die Partei nicht, wie hier und da schon bemerkt worden ist, ihre klassenkämpferischen Grundsätze etwa aufgeben und Konzessionen, die diesem oder jenem Bürger den Über- und Eintritt in die Sozialdemokratie erleichtern sollen, und verwässernde Revisionen vollzogen hat. Wer aus deutschen Parteiführer-Reden solche Bereitwilligkeiten oder Entwicklungen voraussagt, kann sehr in die Irre gehen bei der auch für die deutsche Sozialdemokratie noch immer feststehen-

den Gepflogenheit, ihre prinzipiellen Fragen Mehrheitsbeschlüssen zu unterwerfen. Nimmt man aber die vom Parteitag in Hannover am 11. Mai einstimmig gebilligte *Kundgebung* zur etwaigen Richtlinie für spätere Programmformulierungen und -entscheidungen, so wollen wir unter Außerachtlassung der von den gegenwärtigen besonderen Umständen diktierten Forderungen und Formulierungen festhalten, daß die eindeutige Absage an die privatkapitalistische Profitwirtschaft, die klare Forderung der Sozialisierung geeigneter Industrien, eine grundlegende Agrar- und Bodenreform, wie auch das rückhaltlose Bekenntnis zu einem demokratischen, föderativen Deutschland als Glied der «Vereinigten Staaten von Europa, einer demokratischen und sozialistischen Föderation europäischer Staaten» und der Verbundenheit der deutschen Sozialdemokratie mit der internationalen sozialistischen Arbeiterbewegung den Grundgehalt des zukünftigen Parteiprogramms bestimmen werden. Wir können uns leider nicht mehr erlauben, auf den zweiten und dieses eben angeführte wie noch andere Postulate genauestens bestimmenden Teil einzugehen, «Wille und Weg der deutschen Sozialdemokratie» betitelt.

Einen kurzen Blick noch auf die Partei in ihrem Verhältnis zu anderen politischen Parteien Deutschlands. Mit der an Wahlstimmen ablesbaren politischen Gruppierung des deutschen Volkes braucht man sich in diesem Zusammenhange noch nicht zu befassen: von einer Ausnahme abgesehen, den Wahlen in Groß-Berlin, haben die deutschen Wähler nirgends ein politisches Bekenntnis manifestiert, sondern nur eine sehr zurückhaltende und abwartende und ganz und gar vorläufige politische Äußerung von sich gegeben. Die in den bisherigen deutschen Wahlen auf die einzelnen Parteien entfallenen Stimmen besagen also nur sehr wenig für das allgemeine Kräfteverhältnis der Parteien in Deutschland. Und wer in Deutschland mit diesen Fragen sich beschäftigt und den für eine solche Beurteilung notwendigen Blick und Sinn hat, wird bestätigen, daß die Dinge Volk und Partei noch vollkommen in Fluß sind und daß die möglichen Entwicklungen noch absolut im ungewissen liegen.

Was die drei Westzonen angeht, so wurde für den, der die Wahlkampagnen dieses Herbstes in Deutschland beobachten konnte, folgendes sehr schnell klar: daß von einem Wahl«kampf» in des Wortes wirklicher Bedeutung im Sinne eines ernsthaften und zähen Ringens um den Wähler überhaupt keine Rede sein konnte (weil zum Beispiel die notwendigen Voraussetzungen für die Durchführung einer in den materiellen Mitteln nicht eingeschränkten und nachhaltigen Propaganda fehlten) und daß es eine Wahlkampf«front» darum auch nur sehr eingeschränkt gab, und wenn, so überhaupt nur zwischen der Christlich-Demokratischen Union und der Sozialdemokratischen Partei. Von einem etwa im üblen Stil von einst geführten «Bruderkampf» zwischen der Kommunistischen und der Sozialdemokratischen Partei war in den drei Westzonen bei diesen deutschen Herbstwahlen nirgends etwas zu sehen und zu hören.

Unerwartet schnell hat sich herausgestellt, daß die Jahre der Hitlerdiktatur mit dem ihr folgenden totalen Niederbruch Nazideutschlands keinen allgemeinen und grundsätzlichen Wandel der politisch-geistigen Einstellung und im sozialreaktionären Verhalten des deutschen Bürgertums gegenüber der deutschen Arbeiterklasse herbeigeführt haben. Die anfängliche, aus der allgemeinen Unsicherheit aller Verhältnisse unter einem sich erst herauschälenden Besatzungsregiment resultierende Zurückhaltung in allen und auch politischen Dingen ist von diesem durch die

CDU repräsentierten deutschen Bürgertum und ihrem in den Westzonen führenden Mann, Dr. Adenauer, sehr bald zugunsten massiver Beschuldigungen und offener Verunglimpfungen der Sozialdemokratischen Partei und der sozialistischen Arbeiterschaft überhaupt aufgegeben worden, ermutigt – um auch das nicht zu verschweigen – durch kräftige Stützung von seiten gewisser Kreise und Persönlichkeiten der Militärverwaltungen. Nachdem Dr. Adenauer als Westzonen-Vorsitzender der CDU die Diffamierung als wahlpolitisches Mittel gegen die SPD empfohlen hatte, braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß dem Verfasser dieser Zeilen in Schleswig-Holstein Wahlplakate begegnet sind wie: «Schlagt die Vaterlandsverräter – keine Stimme der SPD!», oder: «Wählt euch Männer und keine SPD-Halunken!», oder: «Keine Stimme den Faulenzern der SPD, sie richten uns zugrunde!».

Nichts Annäherndes und überhaupt kaum irgendeine Wahlpropaganda war in jenen Teilen der Westzonen zu sehen, wo die Kommunisten gegen die SP oder die Sozialdemokraten gegen die KP angingen. Die Gründe für diese Erscheinung liegen auf der Hand: der sozialdemokratisch-kommunistische Gegensatz existiert nicht oder nur sehr am Rande in Westdeutschland, er ist nur für Ostdeutschland vorhanden und kann sich als politischer Kampf einzig und allein im Kontrollratsgebiet Groß-Berlin manifestieren. Führt die neue Sozialdemokratische Einheitspartei (SED) in der Ostzone und von Berlin aus in den Westen hinein mit praktischer Protektion durch die russische Besatzungsmacht ihren Kampf gegen die SPD, so befaßt sich ein großer Teil des politischen Aufklärungs- und Propagandamaterials der Sozialdemokratischen Partei mit der Politik und den sonstigen ausschlichtbaren Angelegenheiten der SED. Kommt man aber mit dem sozialistischen *Arbeiter* zusammen, sei er in der SED oder in der SPD politisch organisiert, so wird einem bewußt, daß die als gesamtdeutsches Verhängnis gebliebene Parteienspaltung in der deutschen Arbeiterklasse ohne natürliche Wurzeln ist! Für die den sozialistischen Ideen und Grundsätzen treu gebliebene deutsche Arbeiterschaft verband sich in den Jahren ihrer Unterdrückung und verbindet sich noch immer die Vorstellung von einem echten sozialen und politischen Neubau Deutschlands mit dem Gedanken der politischen *Einheit* und organisatorischen *Geschlossenheit* der deutschen Arbeiterklasse. Die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien nimmt der Arbeiter zwar zur Kenntnis, er macht sich dieses oder jenes Argument auch zu eigen für die Diskussion in Werkstatt und Fabrik, im Grunde aber nimmt er «den Betrieb da oben» nicht ganz ernst und folgt mehr, weil es nun mal so sein muß, den Parolen und ist voller Ernst bei der «Sache», die eines Tages eben die «Sache aller» sein muß und also sein wird.

In einer schleswig-holsteinischen Landstadt traten 25 Jugend-Distriktleiter zu einer Bezirkskonferenz zusammen. Junggenossinnen und -genossen von 20 bis 25 Jahren, aber auch solche in der zweiten Hälfte der Zwanzig. Der Jugendsekretär aus Hamburg, Gustav Holm, um die Dreißig wohl, von Beruf Glaser, durch Verwundung behindert und am Stock gehend, hielt das einleitende Referat und umriß die politisch-sozialen Aufgaben, die nach Hitler vor dem deutschen Volk und vor der deutschen Jugend im besonderen stehen. Das Niveau von Referat und Aussprache war erstaunlich in Anbetracht der Tatsache, daß diese Jugend unter dem jeden selbständigen Geist und jede eigene Regung terrorisierenden Hitlerregime aufgewachsen ist und in Zwangsorganisationen und Kriegsdienst des Nazismus hineingepreßt war. Diese Jugend sprach von Deutschland als dem sehr verpflichteten

Teilstück Europas, sah die deutsche Aufgabe als eine vorzugsweise europäische an. Ich höre den Einwand der zahlenmäßigen Geringfügigkeit dieses Kreises. Zugegeben, daß eine sozialistische Jugend von solcher Reife, der der Verfasser erst sehr skeptisch gegenübergestanden, selbst innerhalb der Gesamtbewegung nur ausnahmsweise anzutreffen ist. Wie alles jedoch, was vernünftig und von einigem Wert und entwicklungsfähig ist, verdient auch solche sozialistische Jugend, eine Chance zugebilligt zu bekommen.

Wo der Besucher in Deutschland auf Sozialdemokraten in öffentlichen Ämtern, als gehobene oder bescheidene Funktionäre in der Partei, auf Posten, die unter den gegenwärtig gegebenen Umständen nichts beinhalten und nur eine Fassade mit viel ohnmächtiger Wut und Verzweiflung dahinter sind, überall also, wo man auf sich mühende und alle Widerwärtigkeiten schluckende und bei zusehends schwindenden Körperkräften ausharrende Sozialdemokraten trifft, trifft man darunter langjährige «Konzentrations», direkt aus Zuchthäusern und Gefängnissen in Amt oder Beauftragung eingestiegene, aus der politischen Emigration in ein Elendsdasein zurückgekehrte – sie alle still und hingebungsvoll an ihrem Werke, das kameradschaftliches Mühen und Ringen ist, Sozialismus tätigen Helfens und Neuordnens, der nicht auf Märkten und Gassen sich produziert, dem man, will man von ihm wissen, freundschaftlich nachspüren muß. Weiterhin ist jedoch vernehmbar die laute, nicht selten recht leere Geschäftigkeit, die oft genug uns überflüssig dünkende Rede des Parteigetriebes, die zudem nicht immer angebracht formuliert oder glücklich abgestimmt ist. So nähren und entzünden sich immer neu Bedenken und Regungen des Mißtrauens gegenüber der deutschen Sozialdemokratie und ihrer politischen Leitung. Die Dinge zu sehen und zu nehmen, wie sie sind, ist angebracht in der gegenwärtigen Situation. Das heißt aber auch, daß man für die deutsche Sozialdemokratie das ungeheure Mißverhältnis zwischen der ihr überbürdeten Aufgabe und ihrer absoluten politischen Scheinexistenz im Lande sehen muß und damit auch die Gründe eines gelegentlichen Abgleitens in die «nationale Tonart», die nicht nur uns, sondern jedem Deutschen von politischer Urteilsfähigkeit mißfällt; wie man überall aber auch den in die gefährlichsten Tiefen stürzenden Abgrund sehen sollte, an dem die deutsche Sozialdemokratie hinzuwinden sich gezwungen sieht.

Bedenken und Mißtrauen gegenüber der deutschen Sozialdemokratie mögen nun gerechtfertigt sein oder nicht: wenn aber Bedenken und Mißtrauen in einer so gefährlichen Situation wie der gegenwärtigen europäischen sinnvoll sein und zu positiven Lösungen führen sollen, dann muß es das wohl wache, doch auch das bewahrende, das leitende Mißtrauen sein! Mißtrauen kann herausreißen, kann aber auch verstoßen. Die deutsche Sozialdemokratie braucht den kräftigen internationalen Luftzug, damit sie in ihm wieder frei zu atmen lerne und den klaren Blick für die Abmessung des guten Verhältnisses zwischen «national» und «übernational» wiedererlange. So groß die Verantwortung der deutschen Sozialdemokratie für die europäische und die Zukunft der Menschheit schlechthin ist – von gleichfalls entscheidender Bedeutung ist die Einstellung und Haltung der sozialdemokratischen Parteien zur deutschen Sozialdemokratie. Wie es kein lebensvolles Europa ohne die deutsche Arbeitskraft geben wird, so wird es keine aktionsfähige und ihrer großen Aufgabe, der Entwicklung einer sozialistischen Gemeinschaft, gewachsene sozialistische Internationale geben ohne die Mitstreiter der deutschen Sozialdemokratie.

Seid wachsam, seid kritisch, seid selbst voller Mißtrauen: doch reißt die Tore

auf für die, die schon über ein Jahrzehnt in der fauligen Moderluft eines Zuchthauses und nun Trümmerhaufens, Deutschland genannt, um Atem und Leben ringen müssen!

BENEDIKT KAUTSKY

## *Professoren und Diplomaten über Deutschland*

Abermals liegt eine Reihe von Büchern über Deutschland vor uns, die alle das eine gemeinsam haben, daß sie von Autoren stammen, die während der Hitlerdiktatur in Deutschland, und zwar in der sogenannten «Freiheit» lebten<sup>1</sup>. Mit Ausnahme des Diplomaten *Hassell* sind die Verfasser Professoren, *Jaspers* Philosoph und Psycholog, *Meinecke* Historiker, *Mitscherlich* und *Weber* Soziologen und Ökonomen. *Hassell* ist der einzige unter ihnen, der versucht hat, auf die Ereignisse einzuwirken; er war in die Verschwörung des 20. Juli verwickelt und hat dies mit seinem Leben bezahlen müssen.

Um es vorwegzunehmen: die Lektüre der drei zuerst genannten Bücher hinterläßt einen bedrückenden Eindruck. Das liegt nicht etwa daran, daß die Autoren einen Krypto-Faschismus predigen oder Entschuldigungsgründe für die Hitlerdiktatur vorbringen – ganz im Gegenteil, sie sind sich der Scheußlichkeiten des Naziregimes und der Mitverantwortung weiter Kreise des deutschen Volkes wohl bewußt. Aber man erkennt aus der Art, wie sie der Probleme Herr zu werden suchen, mit schmerzlichem Bedauern, daß ihnen bis auf den heutigen Tag die wahren Ursachen des Nazismus nicht klar geworden sind und daß sie deshalb trotz ehrlichem Bemühen keinen Weg in die Zukunft sehen.

Für *Jaspers* ist der Nationalsozialismus sozusagen eine Naturkatastrophe; die Frage nach Tendenzen und Kräften in der deutschen Geschichte, die diesen Ausbruch ermöglichten, beschäftigt ihn erst in zweiter Linie. Was soll man dazu sagen, wenn er schreibt:

«Nach dem ersten Weltkrieg war die Kriegsschuld eine Frage, die im Versailler Vertrag zuungunsten Deutschlands entschieden wurde. Historiker aller Länder haben später eine einseitige alleinige Kriegsschuld nicht festgehalten. Man ist damals von allen Seiten in den Krieg ‚hineingeschliddert‘, wie Lloyd George sagte.» (S. 25.)

Soviel Aussagen, soviel Unrichtigkeiten. Worum der Streit der Gelehrten ging, war nicht die Frage der Kriegsschuld an sich, sondern die, ob das *deutsche Volk* oder *seine Regierung* Schuld trug. Diese zweite Frage ist von keinem *ernsten* Historiker, in welchem Land immer, in dem von *Jaspers* behaupteten Sinn entschieden

---

<sup>1</sup> Karl *Jaspers*, Die Schuldfrage. Artemis-Verlag, Zürich, 1946, 96 S. Friedrich *Meinecke*, Die deutsche Katastrophe. Aero-Verlag, Zürich, 1946, 177 S. Ulrich *von Hassell*, Vom ändern Deutschland. Atlantis-Verlag, Zürich, 1946, 416 S. Alexander *Mitscherlich* und Alfred *Weber*, Freier Sozialismus. Verlag Lambert Schneider, Heidelberg, 1946, 94 S.